

## Haußmann: So eine Geburtsmedizin kann nicht gewollt sein

Perinatalzentren brauchen Neubewertung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss

Die Stellungnahme der Landesregierung auf eine parlamentarische Initiative der FDP/DVP-Fraktion zur „Entwicklung der Frühgeburtenversorgung in Baden-Württemberg“ (Drucksache 17/5352) kommentiert der gesundheitspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Jochen Haußmann**, wie folgt:

„Die ursprünglichen Bedenken, dass elf der 21 Perinatalzentren in Baden-Württemberg ab 2024 schließen müssen, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. In der Anfrage wird derzeit mit acht Krankenhausstandorten gerechnet. Die Landesregierung hat hier einen kritischen Blick und gesteht, dass eine Leistungssteigerung von knapp 24% bei den Kliniken, welche diese Schließungen abfedern müssten, weder räumlich noch personell leistbar ist. Es bedarf nicht nur der Betrachtung der Frühgeburtenzahlen an sich, sondern auch der Sicherstellung der Versorgung von Schwangeren, welche durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen dann erst gar keine Kinder mit einem Aufnahmegewicht unter 1250g auf die Welt bringen. Somit müssen Ressourcen bestehen bleiben bzw. sogar aufgestockt werden, um diese Frauen zu versorgen, da auch mit einer Abnahme der Transportkapazitäten für Neugeborenen zu rechnen ist, bei dann erheblich zunehmendem Bedarf an Häufigkeit und Transportlänge.

Ich fordere hier eine Neubewertung des Gemeinsamen Bundesausschuss der Krankenhäuser, um die Zerschlagung der funktionierenden Strukturen in den Landkreisen, die für diese Kinder rund um die Uhr da sind, und die auch die Notarztversorgung weitab der Universitäten wahrnehmen, zu verhindern.

Der behauptete lineare Zusammenhang von Mindestmenge und Qualität bei den Frühgeborenen wird von Fachleuten anders bewertet.“